hlz · Rothenbaumchaussee 15 · 20148 Hamburg
hlz@gew-hamburg.de · Tel. 4 50 46 58

Leser_innenbriefe an: *hlz@gew-hamburg.de*
(wir belassen ggf. alte Schreibung)

Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor

Echo

hlz 5-6/2018, S. 44

Lieber Joachim, liebe Redaktion,

als Nicht-GEW-Mitglied und Nicht-Lehrer bin ich dennoch und immernoch bestimmt einer der treuesten Leser der HLZ!

Das liegt nicht zuletzt auch an deinen Artikeln in dieser kleinen, engagierten Zeitung. Gerade habe ich deinen Artikel über die Echo-Preisverleihung an Kollegah und Co. gelesen und war (wieder) sehr begeistert, wie du knapp, aber ausführlich genug hier den Gegenstand und die (gesellschaftlichen) Umstände von vielen Seiten beleuchtest und die, aus meiner Sicht, richtigen Schlüsse ziehst. Vielen Dank dafür!...

Jeden Tag gibt es unendlich viele Nachrichten und Ereignisse, die ein interessierter Geist aufnehmen, einordnen und bewerten muss. Dabei ist es unumgänglich, dass ein gesellschaftlicher Diskurs geführt wird, dass kommuniziert wird, damit die Einzelnen sich auseinandersetzen und vergewissern können, dass – ja, dass sie nicht allein dastehen mit ihrer Haltung für eine offene und humanistische Gesellschaft. Dazu leistest du mit deinen Artikeln einen wertvollen Beitrag...

Auch im Sinne deines Vorwortes, dessen Inhalt mir als Nicht-Mitglied natürlich entgegenkommt, möchte ich euch in der Redaktion ausdrücklich bestärken, auf eurem Weg weiter zu gehen!

Liebe Grüße PIETZ
(PETER MATTHIESEN)

gut so

Nachdem sich die Regierungsfraktionen von SPD und Grünen Ende letzten Jahres mit der Volksinitiative „Gute Inklusion“ auf einen Kompromiss geeinigt haben, erfolgt jetzt die Umsetzung der Vereinbarung. Der wichtigste Punkt: Die Stadt wird bis 2023 rund 300 zusätzliche Lehrer_innenstellen, rund 120 zusätzliche ab 1. August, für die Inklusion an Schulen schaffen. Rund 25 Millionen Euro werden am Ende jährlich für die bessere Förderung investiert.

unfassbar

Deutschland wird als 75. Land die Erklärung zum Schutz von Schulen in bewaffneten Konflikten, die sogenannte Safe Schools Declaration, unterzeichnen. Damit bekräftigen Staaten die Einhaltung des humanitären Völkerrechts sowie menschenrechtlicher Verpflichtungen unter allen Umständen und jegliche militärische Nutzung von Schulen und Universitäten zu unterlassen.

sozial

In einer gemeinsamen Initiative fordern Hamburg und Berlin den Bund auf, sich stärker für Schulen in sozial benachteiligten Quartieren zu engagieren. In allen Bundesländern gibt es Schulen mit einem besonders hohen Anteil von Kindern aus bildungsfernen Familien, die bereits bei der Einschulung ungewöhnlich hohe Lernrückstände haben.

Untersuchungen zeigten regelmäßig, dass sich der Lernstand von Kindern und Jugendlichen einer Klassenstufe um bis zu drei Lernjahre unterscheiden könne. Schüler_innen mit großen Lernrückständen konzentrierten sich gerade in größeren Städten häufig auf wenige Schulen in benachteiligten sozialen Lagen. Entscheidend für die ungleiche Verteilung der Schüler_innen seien die sehr unterschiedlichen Wohn- und Lebensverhältnisse sowie die sozialen Milieus in den Vierteln.

geht doch

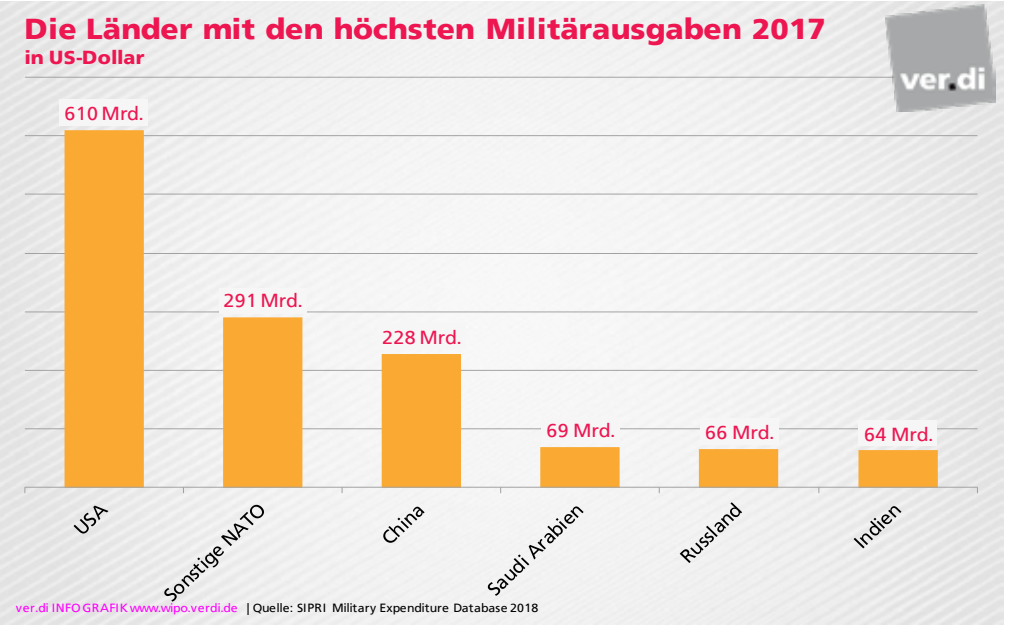
Wer Leistungssport betreibt und einem Bundeskader angehört, kann jetzt auch in Hamburg das Abitur planmäßig erst nach 14 Schuljahren ablegen – statt G8 oder G9 also „G10“. Die Studienstufe wird dabei von zwei auf drei Jahre verlängert, die Zahl der Wochenstunden in den ersten beiden Jahren von 34 auf 22, im letzten auf 24 verringert. Die Gesamtzahl der Stunden bleibt gleich.

unappetitlich

In der AfD ist die Annahme, dass ihre Positionen nicht wertfrei und gleichberechtigt in den öffentlich-rechtlichen Medien und staatlichen Bildungseinrichtungen verhandelt werden, ein Grundkonsens. Zum Selbstverständnis der Mitglieder und Anhänger gehört ebenso dazu, der „Lügenpresse“ zu unterstellen, im öffentlichen Diskurs ihre Vorstellungen nachhaltig zu verzerren. Das gilt nun auch für „Gutmenschen“ an den Schulen. Die AfD in Hamburg hat angekündigt, eine „interaktive Plattform gegen Antifa-Hetze an Schulen“ einzurichten.

überleben

Für ein Pilotprojekt, mit dem die Schließung katholischer Schulen in Hamburg abgewendet werden soll, sind vier Einrichtungen südlich der Elbe



V.i.S.d.P.: VER.DI BUNDESVORSTAND – RESSORT 1 – FRANK BSIRSKE – PAULA-THIEDE-UFER 10 – 10179 BERLIN

vorgesehen. Das Erzbistum Hamburg und die Hamburger Schulgenossenschaft hätten sich auf die dortigen Schulen als Pilotteilnehmer für eine Kooperation verständigt, teilten beide Seiten am Mittwoch mit. Bei den in den Fokus genommenen Schulen handelt es sich um je eine Grund- und Stadtteilschule in Neugraben, Harburg und Wilhelmsburg sowie um das Niels-Stensen-Gymnasium in Harburg. Das Erzbistum hatte im Januar angekündigt, aus Finanznot bis zu acht von 21 katholischen Schulen in Hamburg schließen zu wollen. Für drei Schulen wurde ein Moratorium ausgesprochen, um nach Lösungen zu suchen, wie sie erhalten bleiben können. Das Erzbistum will die Schulen schließen, weil es mit knapp 80 Millionen Euro überschuldet ist.

klotzig

Es war das Dogma von Olaf Scholz. 0,88 Prozent dürfe der Hamburger Haushalt jährlich wachsen, keinen Euro mehr, so der Ex-Bürgermeister bei seinem Amtsantritt. Der erste Haushalt unter Neu-Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD), vorgelegt von Neu-Finanzsenator Andreas Dressel (SPD) ist die totale Kehrtwende. Nicht um 0,88 sollen die Ausgaben von 2018 auf 2019 steigen, sondern um über das Zehnfache: Satte 9,2 Prozent – ein Rekordhaushalt mit Rekordsteigerung.

wertvoll

Niedersachsen will das Fach „Werte und Normen“ als Alternative zum Religionsunterricht im kommenden Schuljahr an mehr Grundschulen anbieten. Bisher wird „Werte und Normen“ in Niedersachsen regulär nur an weiterführenden Schulen unterrichtet. Das Schulfach soll vor allem moralisch-ethische Wegweiser für das gesellschaftliche Miteinander sein, aber auch Grundzüge der Weltreligionen vermitteln. Dabei soll es aber nicht den Religionsunterricht ersetzen, sondern lediglich den Schüler_innen, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, eine Alternative bieten. In Bundesländern wie Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gibt es nach Angaben des Kultusministeriums bereits ein Fach Ethik für Grundschüler.

gespalten

Arme und Reiche leben in deutschen Städten immer seltener Tür an Tür. Besonders ausgeprägt ist die soziale Spaltung in Ostdeutschland, wie es in einer Studie des Berliner Wissenschaftszentrums für Sozialforschung heißt. Für ihre Studie haben die Autoren die soziale Durchmischung in 74 deutschen Städten für die Jahre 2005 bis 2014 untersucht. In rund 80 Prozent dieser Kommunen habe die räumliche Ballung von Menschen zugenommen, die von staatlichen Sozialleistungen wie Hartz IV lebten. In Ostdeutschland sei die Entwicklung mit 23 Prozent deutlich spürbarer als in westdeutschen Städten mit rund acht Prozent.